

**Protokoll zur gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Ordnung, Bildung, Jugend, Kultur, Soziales und Sport (2. Sitzung) sowie Bau, Planung und Umweltschutz (2. Sitzung) der Stadtverordnetenversammlung Lübben (Spreewald)**

5 am: 11.09.2019 Ort: DGH Lubolz, Mühlenweg 10,  
Beginn: 17:00 Uhr Ende: 18:09 Uhr (Trennung der Ausschüsse)

*anwesende Ausschussmitglieder:*

*anwesende sachkundige Einwohner:*

**Bildung, Jugend, Kultur, Soziales und Sport**

10 Martin Kunze (für Herr Bierwagen)  
Dr. Steffen Sternberger  
Reinhardt Krüger

Susanne Nomine  
Stefanie Schirner  
Simke Richter

**Bau, Planung und Umwelt**

15 Paul Bruse  
Jens Richter  
Sabine Minetzke  
Peter Rogalla  
Andrea Freimann

Kai Schultchen  
Anette Kaiser  
Ulrich Krumpe

*entschuldigte Ausschussmitglieder:*

*entschuldigte sachkundige Einwohner:*

**Bildung, Jugend, Kultur, Soziales und Sport**

20 Marco Sell  
Patrick Bierwagen  
25 Martin Würfel

Nicole Meyl  
Sabine Mrose

**Bau, Planung und Umwelt**

Robert Breszgott  
Manfred Dreiuicker

*anwesende Verwaltungsangestellte:*

Petra Streiber  
Henry Beyer  
Dörthe Ziemer

Frank Böhme  
Saskia Albrecht  
Janine Jakwert

Frank Neumann  
René Pötschick

Karin Jacobsen  
Steffen Bergmann

*Gäste/ Bürger / Anwesende Interessierte:*

Frau Minetzke - Planungsbüro Minetzke (TOP 5)  
Herr Köllnick - Ortswehrführer OT Lubolz (TOP 5)  
Herr Klinkmüller - OV Neuendorf (TOP 8)  
40 Herr Kleiner - Landesbetrieb Straßenwesen (TOP 8)  
Frau Lelewel - Landesbetrieb Straßenwesen (TOP 8)  
Frau Handschke - Landesbetrieb Straßenwesen (TOP 8)  
Herr Kung - Planungsbüro Degat (TOP 8 und TOP 9)  
Herr Prof. Nagler - Planungsbüro Nagler und Dieck (TOP 9)  
45 Herr Dieck - Planungsbüro Nagler und Dieck (TOP 9)  
Herr Janotta - Büro Fugmann, Janotta und Partner (TOP 10)  
Herr Rhode - Büro SR Stadtregionalplanung (TOP 10)  
Herr Fellerhoff - Firma Naturstrom (TOP 11)  
Herr Schacht - Firma Naturstrom (TOP 11)  
50 Frau Subatzus - Firma Subatzus & Bringmann (TOP 12)  
Herr Nakonzer - Ortsbeirat Radensdorf  
Herr Schacht - Ortsbeirat Radensdorf

55 - öffentlicher Teil -

**TOP 1 – Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

60 Herr Bruse begrüßt die Anwesenden zur ersten gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse. Zur Sitzung wurde ordnungsgemäß eingeladen. Es sind 2 stimmberechtigte Ausschussmitglieder und 3 sachkundige Einwohner für den Ausschuss Bildung, Jugend, Kultur, Soziales und Sport anwesend. Des Weiteren sind 5 stimmberechtigte Ausschussmitglieder und 3 sachkundige Einwohner des Ausschusses für Bau, Planung und Umweltschutz anwesend.

65 Herr Neumann nutzt die Gelegenheit sich bei Frau Jacobsen für die jahrelange Zusammenarbeit, ihr fachliches Engagement und ihre liebenswerte Persönlichkeit zu bedanken. Er wünscht ihr alles Gute auf ihrem weiteren Weg und überreicht einen Blumenstrauß.

70 Frau Jacobsen bedankt sich für die Unterstützung und die gute Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Sie sagt, dass die Mitarbeiter der Verwaltung und im Fachbereich ein tolles Team sind.

#### **TOP 2 – Bestätigung der Tagesordnung**

Es gibt keine Änderungen oder Hinweise. Die Tagesordnung wird bestätigt.

#### **75 TOP 3 – Entscheidung über Einwendungen zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umweltschutz vom 14.08.2019**

Es gibt keine Änderungen oder Hinweise, über die zu entscheiden ist.

#### **TOP 4 – Einwohnerfragestunde**

80 Es gibt keine Wortmeldungen.

#### **TOP 5 – Vorstellung der Planungsvarianten für den Anbau am Dorfgemeinschafts- und Feuerwehrgebäude in Lubolz; Gast: Planungsbüro Minetzke**

85 Herr Neumann geht auf die Chronologie des 2006 errichteten Gebäudes und die aktuelle Baumaßnahme ein. Er erklärt, dass die im Gefahrenabwehrbedarfsplan (GABP) genannten Inhalte (Tore) insoweit bei der Planung berücksichtigt wurden, sofern es keine zwingende Erforderlichkeit gibt.

90 Frau Minetzke erläutert anhand der Ansichten und Grundrisspläne (Link <http://www.luebben-rathaus.de/daten/sitzungsdienst/vorlagen/1551.pdf>) die Varianten 1 (Grobkostenschätzung: 350.000 €/ mit Schulungsraum) und 2 (Grobkostenschätzung: 302.000 €/ ohne Schulungsraum). Die Kosten wären bei einer Konkretisierung der Inhalte zu überprüfen. Die gesetzlich geforderten Inhalte und Maßnahmen des GABP wurden berücksichtigt.

95 Auf die Frage von Herrn Richter, was es mit den Erweiterungen der Tore auf sich hat, erläutert Frau Minetzke, dass die jetzigen Torhöhen nicht den Anforderungen entsprechen. Die Kosten dafür sind in der Kostenschätzung enthalten.

100 Laut Frau Streiber sind die Torerhöhungen nicht zwingend sofort einzuplanen, da die Anschaffung eines größeren Fahrzeugs nicht in den nächsten Jahren ansteht. Eine nachträgliche Erhöhung kann ebenso gut später erfolgen. Zwingend realisiert werden muss der Einbau einer Abgassauganlage.

Herr Schultchen hinterfragt, ob die vorhandene Heizung wirklich ausreichend ist. Die Gebäudegrundfläche wird um fast ein Drittel vergrößert und dennoch soll die Heizung genug Leistung bringen.

105 Laut Frau Minetzke wurden die Heizungsanlage von einem Fachmann geprüft und die zu erbringende Leistungserweiterung bestätigt.

110 Zur Frage von Herrn Rogalla, welche Fördermöglichkeiten es gibt, antwortet Herr Neumann, dass eine Förderung mit 75 % der Baukosten über das ILE/LEADER-Programm (Rili für Dorfgemeinschaft) für die Variante 1 beantragt wurde. Im Rahmen des zweistufigen Verfahrens wurde die Maßnahme im ersten Schritt auf die Förderfähigkeit geprüft. Die Förderfähigkeit wurde bestätigt. Nun muss die Stadt weitere Unterlagen bis November zuarbeiten. Eine endgültige Förderzusage steht noch aus.

115 Die Frage von Herrn Rogalla, ob in den angegebenen Kosten auch die Planungskosten enthalten sind, verneint Frau Minetzke. Die Kosten für Variante 1 würden in Summe bei rund 400.000 € liegen.

120 Herr Richter resümiert, dass die Vorabstimmungen mit allen Beteiligten sinnvoll sind, aber die Ergebnisse einer Wunschliste entsprechen. Er lehnt die abgestimmten Entwürfe nicht ab. Dennoch befürchtet er ein Gefühl der Ungleichbehandlung bei den anderen Ortswehren, die andere Voraussetzungen haben oder ähnliche Fördermöglichkeiten wie in Lubolz nicht in Anspruch nehmen können. Wünschenswert wäre ein gewisses Maß an Gleichbehandlung aller Ortswehren. Er möchte außerdem wissen, bis wann eine Rückmeldung der Stadtverordneten zu den Varianten erfolgen muss.

125 Herr Neumann erklärt, dass ein Vergleich der Ortsteile schwierig ist, da unterschiedliche Voraussetzungen bestehen. Er bittet um Rückmeldung bis zum Bauausschuss im Oktober. Der für die Förderung erforderliche Bauantrag wurde mit der Variante 1 gestellt und wäre im Bedarfsfall anzupassen.

130 Herr Schultchen und Herr Rogalla möchten die Bestätigung für eine Fördermittelzusage. Diese kann Herr Neumann nicht geben, da der Fördermittelgeber noch nicht entschieden hat. Wenn keine Fördermittel gewährt werden, wird der Anbau nicht realisiert. Bei einer Zusage ist der Fördersatz 75 %, außer es wären keine ausreichenden Mittel mehr verfügbar. Dieses Risiko besteht immer.

Herr Rogalla fragt Herr Köllnick, ob aus Sicht der künftigen Nutzer der Erweiterung bei der Erarbeitung alle Belange bedacht wurden, sich die Kameraden der FFW aber auch mit der optimierten Variante zufriedengeben könnten.

135

Herr Köllnick führt aus, dass die Ortswehr in den letzten Jahren kontinuierlich durch die Zuzügler gewachsen ist und daher ein erheblicher Mehrbedarf an Platz entstanden ist. Die 27 Einsatzkräfte der Wehr benötigen ausreichend Spinde für Männer und Frauen. Auch die Kids-Feuerwehr hat derzeit keine ausreichenden Flächen. In den Ortsteilen ist die Feuerwehr inzwischen ein wichtiges Bindeglied zwischen den Anwohnern und dem kulturellen Leben der Dorfgemeinschaft (Organisator für Feste und Veranstaltungen). Er stimmt Herrn Richter zu, dass ein einheitlicher Standard sinnvoll wäre, um eine Gleichbehandlung für alle Ortswehren zu erreichen. Einen gemeinsamen Faktor als Bewertungsgrundlage (Einsatzzahlen, Mitglieder, etc.) kann er jedoch nicht benennen. Er resümiert für die Lubolzer Wehr, dass diese sowohl von der Ausbildung und den Kameraden gut aufgestellt ist.

140

145

Herr Rieger kommt: 17:41 Uhr.

Herr Köllnick zeigt an, dass Abstriche von den Lubolzer Kameraden akzeptiert würden. Er spricht sich aber gegen eine Streichung des Multifunktionsraumes aus. Stattdessen plädiert er für den Wegfall der Teeküche und des Büros (kleine Küchenzeile und abschließbare Schränke im Multifunktionsraum). Der Multifunktionsraum dient nicht nur Beratungen und Schulungen, sondern der Gemeinschaft der Feuerwehrleute. Der jetzige Beratungsraum im DGH muss nach jeder Schulung beräumt und gereinigt werden, was einen Mehraufwand bedeutet. Der Beratungsraum der Wehr entspricht einem Fachklassenraum in der Schule, in dem bestimmte Materialien ebenfalls dauerhaft bereitliegen. Problematisch sieht er die Größe der Umkleieräume. Der aktuelle Planungsstand bietet bereits jetzt nicht allen Kameraden den erforderlichen Platz (23 Spinde für 27 Kameraden). Dies muss berücksichtigt werden.

150

155

Herr Richter ist überrascht, dass die derzeitige Planung bereits unterdimensioniert ist. Diesbezüglich hält er eine Anpassung für wichtig. Eine Verlagerung der Umkleidebereiche aus der Fahrzeughalle befürwortet er schon alleine aus Sicherheitsgründen. Er bittet um Übermittlung der Varianten, damit diese in den Fraktionen besprochen werden können.

160

Frau Jakwert sagt eine Veröffentlichung auf der Internetseite für den nächsten Tag zu.

165

Herr Bruse übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Richter.

Herr Bruse favorisiert eine Variante ohne Wehrleiterbüro, aber mit Teeküche. Einen Lagerraum im Dachgeschoss lehnt er ab. Stattdessen befürwortet er einen Flachbau mit einer Photovoltaikanlage. Weiterhin bittet er die Verwaltung zu prüfen, inwieweit der Jugendclub für die Jugendfeuerwehr nutzbar wäre.

170

Herr Richter übergibt die Sitzungsleitung wieder an Herrn Bruse.

Frau Albrecht bestätigt, dass mit Frau Minetzke in der vergangenen Woche über eine im Multifunktionsraum integrierte Teeküche und abschließbare Büroschränke gesprochen wurde. Dies lässt eine optimale Nutzung zu, verringert aber gleichzeitig auch die zu bauende Fläche. Eine entsprechend angepasste Planung könnte erneut im Bauausschuss vorgestellt werden.

175

Herr Krumpke fragt nach den einzulagernden Materialien. Bei Unterbringung schwerer Sachen im Dachgeschoss des Anbaus müsste möglicherweise eine Betondecke eingeplant werden. Bei wenigen einzulagernden Dingen reicht ein Flachbau ohne Treppe, bei der die Fläche der eingesparten Treppe zum Lagerraum wird. Dies würde den anstrengenden Transport über die Treppe verhindern.

180

Laut Herrn Köllnick wurde zeitweise über die Umnutzung des bestehenden Heizungsraumes zum Lager beraten. Die Größe des Raumes reicht der Feuerwehr für die Lagerung. Von allem Einsatzmaterialien, wie Ölbindemitteln und Ähnlichem. Als Ausrichter verschiedener Feste hat die Feuerwehr neben Sitzgarnituren auch andere Materialien einzulagern.

185

Frau Minetzke wurde vom Fördermittelgeber aufgefordert bis zum 09.10.2019 die Baugenehmigung und andere Unterlagen bei der Fördermittelstelle vorzulegen. Sollte die Variantenfestlegung zum Anbau erst nach der Frist erfolgen, steht die Fördermittelzusage nicht mehr zur Debatte.

190

Herr Schultchen geht nicht davon aus, dass die Baugenehmigung fristgerecht vorliegt, wenn es bisher noch keine Einigung zur Ausführung gibt.

195

Auf die Frage von Herrn Schultchen nach der Art der Deckenkonstruktion erklärt Frau Minetzke, dass es sich um eine Holzbalkendecke handelt. Weiterhin erklärt sie, dass der Bauantrag im Juli mit der größeren Variante gestellt wurde.

200 Herr Neumann führt aus, dass der Stadt die Akquise von Fördermitteln wichtig ist. Durch das Stellen des Bauantrages und die bisherigen Vorarbeiten sollte zumindest die Grundlage dazu geschaffen werden. Sollte es zeitnah keine Einigung über den Anbau geben, wird die Stadt keinen Fördermittelantrag stellen. Ein Antrag auf Fristverlängerung wäre eine Möglichkeit, die Maßnahme detaillierte Abzustimmen und einen Konsens zu finden.

205 Herr Rogalla kritisiert, dass die eingereichte Planung nicht dem aktuellen Bedarf entspricht. Hier sollte eine Anpassung erfolgen. Alles andere wäre fragwürdig.

#### **TOP 6 – Gefahrenabwehrbedarfsplan:**

210 **a. Informationen zur Grobplanung für die kurz-, mittel- und langfristige Umsetzung der Schlussfolgerungen**

**b. Information zu Auswirkungen auf den GABP aufgrund der aktuellen Erweiterung des Geschäftsfeldes im Spreewerk**

215 Frau Streiber führt aus, dass die Kommune als Träger des Brandschutzes zur Fortführung des Gefahrenabwehrbedarfsplanes (GABP) rechtlich verpflichtet ist. Der GABP wurde im vergangenen Monat in den Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung beraten, aber nicht beschlossen. Die Stadtverordneten äußerten den Wunsch einen konkreten Maßnahmenplan (z. B.: Schwarz-Weiß-Trennung, Optimierung der Laufwege, Abgassauganlage) inklusive zeitlichem Ablauf aus dem GABP zu entwickeln und diesen noch vor Beschluss des GABP vorzulegen. Zwischenzeitlich erfolgte die Begehung einiger Einrichtungen mit den zuständigen Mitarbeitern aus Verwaltung und den Wehren. Die restlichen Einrichtungen stehen demnächst auf dem Plan. Anschließend werden entsprechende Kostenschätzungen vorgenommen und die Maßnahmen in die Prioritätenliste eingearbeitet. Sie zeigt eine Fertigstellung nicht vor der Stadtverordnetenversammlung an.

220

225 Auf die Frage von Herrn Richter nach einem konkreten Datum antwortet Frau Streiber, dass sie derzeit kein konkretes Datum nennen kann, da verschiedene Faktoren die Bearbeitungszeit beeinflussen.

Herr Richter bittet um erste Zuarbeiten bis Ende November zur Jahreshauptversammlung der FFW.

230 Zum Teil b des TOP erklärt Frau Streiber, dass die veränderten Geschäftsfelder der Spreewerk Lübben GmbH bisher nicht im GABP berücksichtigt wurden. Somit lässt sich ein Mehraufwand nicht explizit beziffern. Neben dem Spreewerk gibt es weitere Störfallbetriebe im Stadtgebiet, die entsprechende Risikofaktoren bergen, welche die Stadt in eine Ausrüstungsstufe heben. Sie schätzt, dass sich die Auswirkungen im GABP in geringem Umfang in der Anschaffung von neuen Geräten, aber in Größenordnungen in besonderen Schulungen und Übungsstunden der Kameraden auswirken wird. Eine endgültige Analyse ist erst nach Erteilung der Betriebserlaubnis möglich.

235

Zur Frage von Herrn Bruse, ob das Spreewerk eine eigene „Schnelleingreiftruppe“ für Notfälle hätte, antwortet Herr Böhme, dass es das in der Vergangenheit gab.

240 Herr Beyer erinnert daran, dass der Grundsatzbeschluss zur Sicherung des Spreewerks im FNP die Aufstellung eines Sicherheitskonzeptes fordert. Dieses Konzept muss bis zum Abschluss des FNP-Verfahrens und des Verfahrens für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan (vB-Plan) vorliegen.

245 Herr Rogalla entgegnet, dass er diese Forderung unterstützt. Da der GABP mindestens für die Dauer von 10 Jahren gilt, sollten alle jetzt bekannten Parameter einkalkuliert werden.

250 Die Frage von Herrn Rieger, ob mit dem Spreewerk ein städtebaulicher Vertrag über mögliche Anpassungen des GABP und deren Kosten geschlossen werden soll, erklärt Herr Beyer, dass es einen städtebaulichen Vertrag im Rahmen des vB-Plan geben wird. Das Verfahren wird 2-3 Jahre dauern.

255 Nach weiteren Meinungsäustauschen zur möglichen Einschätzung der Risiken und deren Bewertung für den GABP im Rahmen der Veränderungen der Geschäftsfelder des Spreewerks erklärt Frau Streiber, dass die Stadt jetzt bereits auf der höchsten Stufe ist und es keine Unterscheidung von Pyrotechnik oder Säuren gibt.

Herr Krüger bittet um Einladung des LDS als Genehmigungsbehörde für den Termin am 01.10.2019 beim Spreewerk.

260 Die Ausschüsse trennen sich um 18:09 Uhr. Der Bauausschuss bleibt im Beratungsraum des DGH.

gez. Jakwert  
Protokollantin